

# Inhaltsverzeichnis

## *Teil 1*

<b>Einführung</b>	25
Abschnitt I. Anlass der Entscheidung BVerfGE 121, 266	27
Abschnitt II. System der Sitzzuteilung – Überblick	28
1. Erststimme/Direktmandat	29
2. Zweitstimme/Listenmandat	30
a) Oberverteilung	31
b) Unterverteilung	32
c) Überhangmandate	33
d) Negatives Stimmengewicht	33
e) Verdeutlichendes Beispiel	34
Abschnitt III. Aktueller Kontext der Entscheidung und Regelungsbedarf	36

## *Teil 2*

<b>Die Entscheidung BVerfGE 121, 266</b>	42
Abschnitt I. Argumentationslinie und Vorgaben des BVerfG	42
A. Verstoß gegen Verfassungsrecht – Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG	42
1. Gleiche Wahl	44
2. Unmittelbarkeit der Wahl	47
3. Berührungspunkte der Wahlgrundsätze	48
4. Rechtsfolge der Verfassungswidrigkeit	48
B. Keine Auflösung des Bundestages	49
C. Vorgaben des BVerfG	50
1. Keine Interimsgesetzgebung durch das BVerfG	50
2. Inhaltliche Vorgaben für die Neuregelung	51
3. Fristsetzung zur Neuregelung	54

<b>Abschnitt II. Kritik des Schrifttums an der Entscheidung</b> .....	55
A. Grundsatz der Unmittelbarkeit der Wahl .....	56
B. Grundsatz der gleichen Wahl .....	59
C. Nichtauflösung des 16. Deutschen Bundestages .....	62
1. Grundsatz: Legislativkompetenz des Deutschen Bundestages .....	63
2. Kompetenz des vorherigen (15.) Deutschen Bundestages? .....	63
3. Kompetenz des 16. Deutschen Bundestages beschränkt auf die Neufassung des Bundeswahlgesetzes? .....	65
4. Legitative Handlung des BVerfG .....	67
a) Grundsatz der Gewaltenteilung .....	69
b) Durchbrechung des Gewaltenteilungsgrundsatzes für einen begrenzten Bereich	71
(1) Nochmals: grundsätzliche Legislativkompetenz (nur) des Parlaments .....	71
(2) § 32 BVerfGG als denkbare (Ausnahme-) Kompetenz .....	72
(3) § 35 BVerfGG als möglicher kompetenzieller Ankerpunkt .....	76
(4) Zwischenergebnis .....	85
c) Wirkung der Neuregelung <i>ex nunc</i> .....	85
d) Zwischenergebnis .....	86
5. Zwischenergebnis .....	86
D. Terminologie .....	87
E. Vorschläge des BVerfG für eine Neuregelung .....	88
1. Grundsätzlicher Gegenstand des Wahlprüfungsverfahrens .....	88
2. Befugnis zu Appellentscheidungen .....	89
3. Zwischenergebnis .....	90
F. Zur Frist der Neuregelung .....	91
G. Zwischenergebnis .....	94
 <i>Teil 3</i>	
<b>Grundlagen und Grundlinien einer Neuregelung</b>	95
<b>Abschnitt I. Die Wahlrechtsgrundsätze</b> .....	95
A. Die Wahlrechtsgrundsätze im Gefüge des Grundgesetzes .....	97
1. Beschränkung des Anwendungsbereiches .....	97
2. Abgrenzung zu den Grundrechten .....	99
3. Keine Reduktion auf ein Verbot vorangegangener Wahlrechtssysteme .....	100

4. Das Wahlrecht als grundrechtsgleiches Recht . . . . .	102
a) Klassifikation der Grundrechte . . . . .	102
b) Einordnung des Wahlrechts in die Grundrechtssystematik . . . . .	103
c) Auswirkungen der Einordnung . . . . .	105
B. Keine Hierarchie der einzelnen Wahlrechtsgrundsätze . . . . .	106
C. Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl . . . . .	107
1. Verfassungsrechtliche Determinanten . . . . .	107
2. Implikationen für die Wahlsystemscheidung und die Ausgestaltung des Wahl- systems . . . . .	110
a) Grundsatz: kein normativer Ausschluss Einzelner . . . . .	111
b) Statthaftigkeit einzelner normativer Ausschlüsse . . . . .	115
(1) Verfassungsrechtliche Begrenzungen . . . . .	115
(a) Art. 38 Abs. 2 GG . . . . .	115
(b) Art. 18 GG i. V. m. Art. 93 Abs. 1 Nr. 5 GG, § 39 Abs. 2 BVerfGG . .	119
(c) Zwischenergebnis . . . . .	122
(2) Einfachgesetzliche Ausschlüsse . . . . .	122
(a) § 12 Abs. 1 Nr. 2 BWahlG 2013 . . . . .	123
(b) § 12 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. § 13 Nr. 1 BWahlG 2013 . . . . .	127
(c) § 12 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. § 13 Nr. 2 BWahlG 2013 . . . . .	129
(d) § 12 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. § 13 Nr. 3 BWahlG 2013 . . . . .	136
(e) § 14 Abs. 1 BWahlG 2013 . . . . .	139
(f) Zwischenergebnis . . . . .	141
c) Statthaftigkeit faktischer Ausschlüsse? . . . . .	141
(1) Beschränkung der Allgemeinheit . . . . .	141
(a) Grundsätzliche Möglichkeit auch faktischer Begrenzungen . . . . .	141
(b) Praxisrelevanz . . . . .	145
(c) Zwischenergebnis . . . . .	149
(2) Rechtfertigung . . . . .	150
(a) Verfassungsumittelbare Aspekte . . . . .	150
(b) Aspekte außerhalb des Verfassungsrechts . . . . .	153
(c) Zwischenergebnis . . . . .	154
(3) Zwischenergebnis . . . . .	155
d) „Sprachliche Allgemeinheit“? . . . . .	155
(1) Verpflichtung zur „allgemeinverständlichen“ Rechtsetzung . . . . .	156
(2) Möglichkeit „allgemeinverständlicher“ Rechtsetzung . . . . .	159
(3) Anforderungen an die Wahlsystemnormierung . . . . .	162
e) Zwischenergebnis . . . . .	163

3. (Weitere) Begrenzungen durch rechtsstaatliche Grundsätze .....	163
4. Zwischenergebnis .....	168
D. Grundsatz der Gleichheit der Wahl .....	168
1. Verfassungsrechtliche Determinanten .....	168
2. Mögliche Einschränkungen der Gleichheit der Wahl .....	172
a) Folge der formalen Gleichheit der Wahl für Einschränkungen .....	172
b) Prozentuale Sperrklausel .....	173
(1) Regelungssystematik .....	174
(2) Bewertung .....	175
(a) Legitime(s) Ziel(e) .....	178
(b) Geeignetheit der Klausel .....	180
(c) Erforderlichkeit der Klausel .....	183
(d) Angemessenheit der Klausel .....	184
(aa) Verhinderung neuer Parteien .....	187
(bb) Effekt der Mehrheitsbildung .....	188
(cc) Basis der Berechnung einer prozentualen Klausel .....	190
(dd) Relevanz psychologischer Effekte? .....	194
(ee) Höhe der Sperrklausel .....	196
(ff) Auswirkungen der Judikatur des BVerfG zum EuWG .....	202
(α) BVerfGE 51, 222 – 5 %-Sperrklausel .....	203
(β) BVerfGE 129, 300 – Fünf-Prozent-Sperrklausel EuWG .....	204
(γ) Reaktion des Gesetzgebers auf BVerfGE 129, 300 – Fünf-Prozent-Sperrklausel EuWG: Verringerung der Sperrklausel in § 2 Abs. 7 EuWG von 5 % auf 3 % .....	219
(δ) BVerfGE 135, 259 – Drei-Prozent-Sperrklausel EuWG .....	221
(ε) Übertragbarkeit der Argumentation auf den Deutschen Bundestag? .....	229
(gg) Zwischenergebnis .....	236
(e) „Experimentierklausel“? .....	237
(3) Zwischenergebnis .....	240
c) Grundmandatsklausel .....	241
(1) Regelungssystematik .....	242
(a) Grundmandatsklausel als Rückausnahme zur prozentualen Sperrklausel .....	242
(b) Grundmandatsklausel als „echte“ Sperrklausel .....	242
(2) Bewertung .....	243
(a) Grundmandatsklausel als Rückausnahme zur prozentualen Sperrklausel .....	243
(aa) Grundsatz: kein neuerlicher Eingriff .....	243
(bb) Kritikpunkt: atypischer Erfolgswert der Erststimmen .....	246

(cc) Kritikpunkt: Widerspruch zur prozentualen Sperrklausel .....	247
(dd) Kritikpunkt: Ungleichbehandlung verschiedener Parteien .....	249
(ee) Kritikpunkt: Ungleichbehandlung gegenüber parteilosen Direktkandidaten .....	252
(ff) Frühere bundesverfassungsgerichtliche Judikatur – BVerfGE 4, 31 – 5 %-Sperrklausel und BVerfGE 6, 84 – Sperrklausel .....	253
(gg) Jüngere Judikatur: BVerfGE 95, 408 – Grundmandatsklausel ..	255
(hh) Zwischenergebnis .....	256
(b) Grundmandatsklausel als „echte“ Sperrklausel .....	257
(3) Zwischenergebnis .....	258
d) Zwischenergebnis .....	259
3. Die Gleichheit der Wahl im Mehrheitswahlrecht .....	259
a) Grundsatz: Erfolgschancengleichheit .....	259
b) Folge: gleiche Wahlkreisgröße .....	263
c) Problem: Wahlkreisgeometrie .....	264
d) § 3 Abs. 1 Bundeswahlgesetz als Vorbild einer Regelung? .....	268
e) Zwischenergebnis .....	274
4. Die Gleichheit der Wahl im (reinen) Verhältniswahlrecht .....	275
a) Wann ist Erfolgswertgleichheit bei der Verhältniswahl gegeben? .....	276
b) Methodik zur Bestimmung der Erfolgswertgleichheit im 2-Wähler-Vergleich	277
c) Methodik zur Bestimmung des globalen Erfolgswertes .....	278
d) Bestimmung der „richtigen“ Methode .....	279
e) Zwischenergebnis .....	280
5. Die Gleichheit der Wahl in „gemischten“ bzw. verbundenen Systemen .....	281
a) Verbindung ohne Verrechnungen zwischen den Systemkomponenten .....	282
b) Verbindungen mit Verrechnung zwischen den Systemkomponenten – Problem der Überhangmandate .....	283
(1) Grundsatz: Relevanz der Erfolgswertgleichheit .....	283
(2) Normative Entstehungssystematik von Überhangmandaten .....	285
(3) Differenzierung der entstandenen Überhangmandate .....	286
(4) Tatsächliche Gegebenheiten als Entstehungsursachen .....	289
(5) Wählerverhalten als Ursache der Entstehung .....	291
(6) Beispielhafte Betrachtung .....	297
(7) Bewertung des Beispiels – Folgen des Wählerverhaltens .....	298
(8) Zwischenergebnis: Überhangmandate schaffen Ungleichheit des Erfolgswertes .....	301
(9) Möglichkeit einer Rechtfertigung der Ungleichheit .....	302
(a) Maßstab der Rechtfertigungsprüfung .....	302

(b) Rechtfertigungsargument: enge Bindung Abgeordneter an den Wahlkreis .....	305
(c) Rechtfertigungsargument: Anreizwirkung für Parteien .....	306
(d) Zwischenergebnis: keine Rechtfertigung erfolgsgleichheitsverzerrender Überhangmandate möglich .....	307
(10) Bewertung angefallener Überhangmandate: Lage bis einschließlich 25. Juli 2012 .....	308
(11) Bewertung angefallener Überhangmandate: Folgen der Entscheidung vom 25. Juli 2012 – BVerfGE 131, 316 .....	314
(12) Kritik an der jüngeren Judikatur .....	318
(13) Fazit zur Statthaftigkeit von Überhangmandaten .....	324
c) Verbindungen mit Verrechnung zwischen den Systemkomponenten – Problem des inversen Erfolgswertes .....	325
d) Zwischenergebnis .....	325
6. Implikationen des Gleichheitsgebotes für die Komplexität des Wahlsystems .....	326
7. Zwischenergebnis .....	329
E. Grundsatz der Unmittelbarkeit der Wahl .....	330
1. Verfassungsrechtliche Determinanten .....	330
2. Implikationen für die Wahlsystemsentscheidung .....	334
3. Problem der Vorhersehbarkeit .....	337
4. Zwischenergebnis .....	342
F. Keine Festlegung auf ein Wahlsystem .....	342
Abschnitt II. Anforderungen sonstigen Verfassungsrechts .....	347
A. Anforderungen infolge des Demokratieprinzips – Art. 20 Abs. 1 GG .....	348
B. Implikationen des Grundsatzes der Chancengleichheit politischer Parteien und der „Sonderstellung der Parteien in der Demokratie“ .....	350
C. Begrenzung durch Art. 79 GG .....	354
1. Wahlrecht als „materielles Verfassungsrecht“ .....	354
a) Bedeutung und Gehalt des „materiellen Verfassungsrechts“ .....	356
b) Auswirkungen der Einordnung für den einfachen Gesetzgeber .....	363
c) Zwischenergebnis .....	366
2. Schutz des Demokratieprinzips .....	367
3. Zwischenergebnis .....	371
D. Keine Begrenzung des legislativen Gestaltungsspielraums durch das Bundeswahlgesetz .....	371

*Teil 4*

<b>Konkretisierungen einer Neuregelung</b>	374
<b>Abschnitt I. Grundlegende Erwägungen</b> .....	374
A. Zielsetzung der Wahl .....	377
B. Faktoren zur Bewertung der verschiedenen Ansätze .....	379
1. Handlungsfähigkeit des Parlaments .....	381
a) Verhinderung einer Bildung von Splittergruppen .....	382
b) Qualitative Zusammensetzung des Parlaments .....	385
c) Quantitative Aspekte der Parlamentsbildung .....	386
d) Zwischenergebnis .....	388
2. Verständlichkeit der Systematik .....	388
3. Proportionalität zur Gesamtbevölkerung .....	390
4. Minderheitenschutz .....	393
5. Traditionelle Verankerung, Akzeptanz in der Bevölkerung .....	395
6. Bewertung und Stufenverhältnis der einzelnen Faktoren .....	396
C. Möglichkeiten der Zielerreichung .....	397
<b>Abschnitt II. Die „klassischen“ Wahlsysteme</b> .....	400
A. Reine Mehrheitswahl .....	400
1. Ausprägungen der reinen Mehrheitswahl .....	402
a) Absolute Mehrheitswahl .....	403
b) Relative Mehrheitswahl .....	404
c) Relevanz der Wahlbeteiligung .....	404
2. Regelungsansatz .....	405
a) Anzahl der Wahlbezirke .....	406
b) Absolute oder relative Mehrheitswahl? .....	406
c) Anzahl der Wahlgänge .....	407
(1) (Nur) Ein Wahlgang .....	407
(2) Mehrere, zeitlich versetzte Wahlgänge .....	408
(3) Eine Wahlhandlung mit Abgabe mehrerer Stimmen (Hilfs-, Eventual- oder Nebenstimme, STV-Verfahren) .....	409
(a) Grundsatz .....	409
(b) STV-Verfahren .....	410
(c) Hilfsstimme/Eventualstimme .....	411
d) Einschränkung der reinen Mehrheitswahl durch Korrektiv .....	412

e) Implikationen infolge ungewollter Konsequenzen .....	412
f) Schlussfolgerung für das praktikable Modell .....	416
3. Verfassungsrechtliche Würdigung .....	417
a) Einführung .....	417
b) Wahl in 598 Wahlkreisen mit je einer Stimme .....	423
c) Ausgestaltung als absolute oder relative Mehrheitswahl? .....	424
d) Wahlhandlung unter Verwendung einer Hilfs-, Eventual- oder Nebenstimme ..	425
e) Einschränkung der reinen Mehrheitswahl durch Korrektiv .....	427
f) Zwischenergebnis .....	428
B. Reine Verhältniswahl .....	428
1. Regelungsansatz .....	429
a) Zur Verhältniswahl im Allgemeinen .....	429
b) Verhältniswahl mit „lose gebundener Liste“, „freier Liste“ oder STV-Verfahren	431
c) Einschränkungen der Verhältniswahl durch Korrektiv .....	432
d) Hilfs-, Neben- und Eventualstimme .....	432
2. Verfassungsrechtliche Würdigung .....	433
a) Zur Verhältniswahl im Allgemeinen .....	434
b) Systeme der „lose gebundenen Liste“, der „freien Liste“ oder STV-Verfahren	442
c) Sperrklauseln .....	444
d) Hilfs-, Neben- und Eventualstimme .....	444
e) Zwischenergebnis .....	445
C. Zwischenergebnis .....	445
Abschnitt III. Vorschläge des BVerfG .....	446
A. Berücksichtigung von Überhangmandaten bereits bei der Oberverteilung .....	446
1. Regelungsansatz .....	447
2. Verfassungsrechtliche Würdigung .....	448
a) Grundsatz: kein Auftreten des inversen Erfolgswertes .....	448
b) Verstoß gegen die föderale Struktur bzw. das Bundesstaatsprinzip .....	449
c) Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichheit der Wahl .....	451
(1) Ungleichbehandlung durch parteiinterne Kompensation von Direktmandaten? .....	451
(2) Entstehung von (externen) Überhangmandaten .....	453
(3) Zwischenergebnis .....	455
d) Verstoß gegen den Grundsatz der Unmittelbarkeit der Wahl .....	455
e) Zwischenergebnis .....	456
B. Verzicht auf Listenverbindungen .....	456

1. Regelungsansatz .....	456
a) (Lediglich) Ausschluss von Listenverbindungen .....	456
b) Separate Sitzzuteilung in den einzelnen Bundesländern .....	457
2. Verfassungsrechtliche Würdigung .....	457
a) (Lediglich) Ausschluss von Listenverbindungen .....	457
b) Separate Sitzzuteilung in den einzelnen Bundesländern .....	458
c) Zwischenergebnis .....	461
C. Wahl nach dem Grabensystem .....	462
1. Regelungsansatz .....	463
a) Reines Grabenwahlsystem .....	463
b) Grabenwahlsystem mit internem Proporz .....	465
2. Verfassungsrechtliche Würdigung .....	465
a) Reines Grabenwahlsystem .....	465
b) Grabenwahlsystem mit internem Proporz .....	470
c) Zwischenergebnis .....	474
D. Zwischenergebnis .....	474
Abschnitt IV. Weitere Kombinationen von Personen- und Verhältniswahl .....	474
A. Problematik der Überhangmandate .....	475
1. Begrenzung auf Null .....	476
a) Nichtberücksichtigung von Überhangmandaten .....	476
b) Ausschluss des Entstehens von Überhangmandaten .....	477
c) Zwischenergebnis .....	478
2. Systematische Begrenzung auf die zulässige Zahl .....	478
3. Senkung des Verhältnisses von Wahlkreis- und Listenmandaten .....	480
4. Weitere Möglichkeiten .....	482
5. Zwischenergebnis .....	482
B. Personalisierte Verhältniswahl mit Verbot des Stimmensplittings .....	483
1. Regelungsansatz .....	483
2. Verfassungsrechtliche Würdigung .....	484
3. Zwischenergebnis .....	486
C. Erhöhung der Zahl der Parlamentssitze durch Ausgleichsmandate .....	486
1. Regelungsansatz .....	486
a) Modelle des vollständigen Ausgleichs .....	488
b) Modelle des teilweisen Ausgleichs .....	490
c) Begrenzung der Zahl der Ausgleichsmandate .....	491

2. Verfassungsrechtliche Würdigung .....	492
a) Modelle des vollständigen Ausgleichs .....	497
b) Modelle des teilweisen Ausgleichs .....	500
c) Begrenzung der Zahl der Ausgleichsmandate .....	503
d) Zwischenergebnis .....	503
D. Zwischenergebnis .....	504
 Abschnitt V. Vorschläge aus der Staatspraxis .....	504
A. Vorschlag der Fraktion <i>Bündnis 90/Die Grünen</i> in BT-Drs. 16/11885 und BT-Drs. 17/4694 .....	504
1. Regelungsansatz .....	504
2. Verfassungsrechtliche Würdigung .....	505
a) Föderaler Proporz, Parlamentsgröße .....	505
b) Paradoxien .....	506
c) Anforderungen der Unmittelbarkeit und Allgemeinheit der Wahl .....	506
d) Erhalt bzw. Wegfall von Direktmandaten .....	507
e) Zwischenergebnis .....	509
B. Vorschlag der Fraktion <i>Die Linke</i> – BT-Drs. 17/5896 .....	509
1. Regelungsansatz .....	509
2. Verfassungsrechtliche Würdigung .....	510
a) (Nicht-) Zuteilung von Direktmandaten .....	510
b) Paradoxien, föderaler Proporz, Parlamentsgröße .....	510
c) Abschaffung der Sperrklausel .....	511
d) Ausgleichsmandatsregelung für externe Überhangmandate/Verrechnung interner Überhangmandate .....	511
e) Zwischenergebnis .....	512
C. Vorschlag der Fraktion der <i>SPD</i> – BT-Drs. 17/5895 .....	512
1. Regelungsansatz .....	512
2. Verfassungsrechtliche Würdigung .....	513
D. Neunzehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes .....	516
1. Regelungsansatz .....	517
2. Verfassungsrechtliche Würdigung .....	518
a) Verfassungswidrigkeit infolge paradoxer Effekte .....	519
(1) Mögliches Auftreten des negativen Stimmgewichts .....	519
(2) Zahlenmäßiges Auftreten des paradoxen Effekts .....	520

(a) Relevanz der „politischen Wirklichkeit“ oder abstrakter Fallkonstellationen .....	522
(b) Relevanz der (Un-) Berechenbarkeit <i>ex ante</i> .....	526
(c) Zwischenergebnis .....	526
b) Verfassungswidrigkeit infolge Kontingentierung anhand der Wahlbeteiligung in den Bundesländern .....	527
c) Verfassungswidrigkeit der Reststimmenverwertung .....	529
(1) Verdeutlichendes Beispiel .....	529
(2) Verstoß gegen Wahlrechtsgleichheit .....	531
(3) Verstoß gegen Chancengleichheit der politischen Parteien .....	533
(4) Verstoß gegen den Grundsatz der Personenwahl .....	534
(5) Zwischenergebnis .....	535
d) Problematik der Überhangmandate .....	535
e) Problematik der Anforderungen der Allgemeinheit der Wahl .....	536
(1) § 6 Abs. 1 Satz 1 BWahlG 2011 .....	536
(2) § 6 Abs. 2a BWahlG 2011 .....	541
(3) Zwischenergebnis .....	541
f) Zwischenergebnis .....	542
3. Fazit .....	542
E. Zweihundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes .....	542
1. Regelungsansatz .....	543
a) Fassung der BT-Drs. 17/11819 .....	544
b) (Redaktioneller) Änderungsvorschlag in Innenausschuss-Drs. 17(4) 625 .....	546
c) Änderungsvorschlag in BT-Drs. 17/11821 – Wechsel vom Ausgleichs- zum Kompensationsmodell .....	549
d) Weitere Veränderungsvorschläge .....	550
e) Endgültige Ausschussfassung .....	551
f) Endgültige Verteilungssystematik .....	552
2. Verfassungsrechtliche Würdigung .....	554
a) Proporzbestimmung unter Rückgriff auf das Divisorverfahren mit Standardrundung (Sainte-Lagu��/Schepers) .....	555
b) Auswirkungen auf den föderalen Proporz, Parlamentsvergr��erung .....	555
c) Inverse Effekte und Paradoxien .....	556
(1) „Klassisches“ negatives Stimmgewicht .....	557
(2) „Neue“ paradoxe Effekte .....	559
(3) Problem des „unnötigen“ Ausgleichs .....	562
(4) Problem der „unechten Ausgleichsmandate“ .....	564
(5) Zwischenergebnis .....	566

d) Beeinträchtigung der Unmittelbarkeit der Wahl .....	566
e) Beeinträchtigung der Anforderungen der Allgemeinheit der Wahl .....	569
f) Zwischenergebnis .....	572
3. Fazit .....	573
F. Zwischenergebnis zu den Vorschlägen der Staatspraxis .....	573
 <i>Teil 5</i>	
<b>Bewertung und Ergebnisse</b>	574
Abschnitt I. Bewertung der verfassungskonformen Möglichkeiten .....	574
A. Reine (relative) Mehrheitswahl .....	574
B. Reine Verhältniswahl .....	575
C. Wahl nach dem Grabensystem .....	576
D. Modell des teilweisen Ausgleichs .....	579
E. Modell des vollständigen Ausgleichs .....	579
F. Sonderfall: Zuteilungssystematik des BWahlG 2013 .....	580
G. Zwischenergebnis .....	584
Abschnitt II. Ergebnisse und Thesen .....	585
A. (Neu-) Bestimmung des Gehaltes der Wahlrechtsgrundsätze des Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG .....	585
B. (Weitere) Begrenzungen des Gesetzgebers bei Ausführung des Regelungsauftrages aus Art. 38 Abs. 3 GG .....	588
C. Auflösung des Deutschen Bundestages und „Selbsteintritt“ des BVerfG .....	590
D. Konkrete Handlungsoptionen des Gesetzgebers .....	590
E. Bewertung/Handlungsempfehlung .....	592
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	594
<b>Sachverzeichnis</b> .....	643